

Unabhängige |||||
Historikerkommission |||||
zur Geschichte des |||||
Reichsarbeitsministeriums
1933 – 1945 |||||

Tanja Penter (Universität Heidelberg)

ZWANGSARBEIT IM DONBAS

Working Paper Series A | No. 10

eds. Elizabeth Harvey and Kim Christian Priemel

Working Papers of the Independent Commission of Historians
Investigating the History of the Reich Ministry of Labour
(*Reichsarbeitsministerium*) in the National Socialist Period

ISSN 2513-1443

© Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus, 2017

Website: <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/Publikationen>

ISSN 2513-1443

All rights reserved. Any reproduction, publication and reprint in the form of a different publication, whether printed or produced electronically, in whole or in part, is permitted only with the explicit written authorisation of the UHK or the author/s.

This paper can be downloaded without charge from <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de> or from the Social Science Research Network electronic library. Information on all of the papers published in the UHK Working Paper Series can be found on the UHK's website.

Ökonomische Struktur und Arbeitsmarkt im Donbas vor der deutschen Besatzung

Der Donbas war in den 1930er Jahren in der forcierten Industrialisierung unter Stalin zu einem der wichtigsten industriellen Zentren der Sowjetunion aufgestiegen. Vor dem deutschen Einmarsch wurden hier 85 Mio. Tonnen Steinkohle im Jahr, über 57 Prozent der sowjetischen Gesamtproduktion, gefördert.¹ Das Donezbecken erlangte daher sowohl für die sowjetische als auch für die deutsche Kriegswirtschaft eine zentrale Bedeutung.

Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik hatten in der Sowjetunion unter Stalins „Revolution von oben“, die durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, Kulakenverfolgung und forcierte Industrialisierung geprägt war, einen mehrfachen Wandel erfahren. Hunderttausende von Bauern waren unter dem Einfluss verschiedener Push- und Pull-Faktoren in die Städte und Industriezentren abgewandert und hatten sich in die Industriearbeiterschaft eingereiht. Um den wachsenden Arbeitskräftemangel im Bergbau des Donbas zu decken, waren hier auch Zehntausende von Bauern zwangsrekrutiert worden. Auch Frauen wurden verstärkt als Arbeitskräfte in der Schwerindustrie eingesetzt. 1935 stellten sie im Bergbau des Donbas ein Viertel der Gesamtbelegschaft und arbeiteten vielfach auch unter Tage. In der Sowjetunion waren der wachsende Frauenanteil an der Industriearbeiterschaft und das Vordringen von Frauen in traditionelle Männerberufe seit Beginn der Industrialisierungspolitik zum vorherrschenden Merkmal des Strukturwandels innerhalb der Arbeiterschaft geworden.

Arbeitsverwaltung unter deutscher Besatzung im Donbas

Unter deutscher Besatzung wurden Hunderttausende von Zwangsarbeitern ins Reich deportiert, während weitere Hunderttausende vor Ort für die deutsche Kriegswirtschaft ausgebeutet wurden. Ende Oktober 1941 marschierten deutsche Truppen in den Donbas ein. Der westliche Teil des Donbas sollte über 22 Monate bis Anfang September 1943 unter deutscher Besatzung stehen, die östlichen und südöstlichen Teile kamen hingegen erst im Laufe der Sommeroffensive 1942 hinzu und wurden bereits im Februar 1943 von der Roten Armee zurückerobert. Das Donezbecken verblieb über den gesamten Besatzungszeitraum unter der Verwaltung der Wehrmacht. Die Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus gewann im Zweiten Weltkrieg für die deutschen Besatzungsorgane eine zunehmende Bedeutung, vor allem, um weniger Kohle aus dem Reich antransportieren zu müssen. Mit der Verwaltung und Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus wurde zunächst der Wirtschaftsstab Ost bzw. die ihm unterstellte Wirtschaftsinspektion Süd betraut. Im März 1942 übernahm dann die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost (BHO) die Steinkohlengruben im

¹ Vgl. Zentrales Staatsarchiv der Gesellschaftlichen Vereinigungen der Ukraine/ / Central'nyj Deržavnyj Archiv Hromads'kych Ob'ednan Ukrainy (CDAHOU), F. 1, Op. 23, D. 613, Bl. 13.

Donezbecken. Die BHO war im August 1941 als Monopolgesellschaft von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsgruppe Handel und der Wirtschaftsgruppen Bergbau und Eisenschaffende Industrie gegründet worden. Sie besaß in den besetzten sowjetischen Gebieten das alleinige Recht zur Betreibung und Nutzung der Werksanlagen des Kohlen- und Erzbergbaus sowie der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie. Die Organe der Gesellschaft unterstanden der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Zum Leiter der BHO ernannte Hermann Göring in seiner Funktion als Vierjahresplanbeauftragter den Generaldirektor der Reichswerke „Hermann Göring“ AG und Vorsitzenden des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger.²

An eine Kohlenförderung war jedoch zunächst nicht zu denken, da die Bergwerke von der Roten Armee bei ihrem Rückzug in großem Maße zerstört bzw. abgebaut worden waren. Zur Wiederaufnahme der Förderung waren daher zunächst Instandsetzungsmaßnahmen größeren Umfangs erforderlich. Für den Wiederaufbau ließ die BHO Maschinen und Geräte im Wert von über 25 Mio. Reichsmark sowie etwa 1.800 deutsche Fachkräfte – zum großen Teil aus dem Ruhrbergbau – als Aufsichtspersonal in den Donbas bringen. Ebenso bedeutsam war jedoch, dass sich die Deutschen auf die Mitarbeit einiger einheimischer Industriekader stützen konnten – einige dieser sowjetischen Bergbauspezialisten sollten nach dem Krieg von sowjetischen Militärtribunalen als Kollaborateure zu hohen Lagerhaftstrafen verurteilt werden.³ Ihre Kenntnisse über die Gegebenheiten untertage waren wichtig für den Wiederaufbau der zerstörten Bergwerke, da die Rote Armee beim Rückzug nahezu alle Grubenbilder und Pläne mitgenommen hatte. Darüber hinaus halfen einige der Ingenieure bei der Rekrutierung der einheimischen Arbeitskräfte und beteiligten sich manchmal auch an der „Aussonderung von Juden und Kommunisten“.⁴

Innerhalb des Besatzungszeitraumes konnte eine deutliche Wiederaufbauleistung und Steigerung der Kohlenförderung erreicht werden. Bereits im Januar 1943 konnten wieder über 15.000 Tonnen am Tag gefördert werden. Das von der BHO seit Dezember 1942 angestrebte Förderziel von 30.000 Tonnen täglich wurde allerdings bei weitem nicht erreicht. 30.000 Tagedonnen wären erforderlich gewesen, um die gesamten Kohlentransporte von Oberschlesien, die den Hauptanteil des deutschen Nachschubs darstellten, zu ersetzen. Die Gesamtförderung von 4,071 Mio. Ton-

² Vgl. zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Donezbeckens unter der deutschen Besatzung Matthias Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung (1941–1944), in: VfZ 21 (1973), S. 245-284; Ders., Eisen und Kohle für das Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen u.a. 1978, S. 310-337; Dietrich Eichholtz, Wirtschaftspolitik und Strategie des faschistischen deutschen Imperialismus im Dnepr-Donetz-Industriegebiet 1941–1943, in: Militärgeschichte 18 (1979), S. 281-296; Ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. II: 1941–1943, Berlin 1985, S. 460-477.

³ Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 27ff. Vgl. zur Verurteilung von Kollaborateuren in der Nachkriegs-sowjetunion Tanja Penter, Local Collaborators on Trial. Soviet war crimes trials under Stalin (1943–1953), in: Cahiers du Monde russe, 49 (2008), H. 2-3, S. 341-364.

⁴ Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k/ / Archiv Služby Bezopasnosti Ukrainy Doneckoj Oblasti (ASBUDO), F. 1, D. 26612; D. 42341; D. 66345; F. 2, D. 1339; CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 27-41ob.

nen im Besatzungszeitraum betrug weniger als die Hälfte einer durchschnittlichen Monatsproduktion im Ruhrrevier und entsprach nur fünf Prozent der jährlichen sowjetischen Vorkriegsförderung. Dagegen beliefen sich die Steinkohlenlieferungen in die besetzten sowjetischen Gebiete von 1941 bis Ende August 1943 auf 17,48 Mio. Tonnen.⁵ Obwohl im Donbas unter deutscher Herrschaft nur ein Bruchteil der Vorkriegsproduktion erzielt werden konnte, führte dies aber doch zu einer nicht zu unterschätzenden Entlastung des Kohlenbergbaus im Reich, die bei einem anderen Kriegsverlauf noch wesentlich an Bedeutung gewonnen hätte.⁶ Von entscheidender Bedeutung war dabei der Arbeitseinsatz von Sowjetbürgern.

Die wirtschaftliche Ausbeutungspolitik der Nationalsozialisten schloss von Anfang an auch die Ausbeutung der Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung ein. Bereits im August 1941 hatte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine allgemeine Arbeitspflicht für alle Einwohner der Ostgebiete im Alter zwischen 18 und 45 Jahren sowie einen Arbeitszwang für Juden im Alter von 14 bis 60 Jahren unter Androhung von massiven Strafen bei Nichteinhaltung eingeführt.⁷

Arbeitskräfte wurden über eigens zu diesem Zweck von den Wirtschaftskommandos geschaffene Arbeitsämter rekrutiert. Diese Behörden gehörten zu den ersten Verwaltungseinrichtungen, die in den neu besetzten Gebieten ihre Tätigkeit aufnahmen. Sie waren in der Regel nur mit einem oder zwei deutschen Beamten besetzt, denen nicht selten Hunderte von einheimischen Kräften unterstanden. Die Hauptaufgabe der Arbeitsämter war es, alle freien Arbeitskräfte restlos zu erfassen und den lokalen Arbeitskräftebedarf sowie seit 1942 auch den Zwangsarbeiterbedarf des Reichs zu decken. Die Registrierung der Bevölkerung bei den Arbeitsämtern erfolgte zunächst schleppend. Zur „Bekämpfung des Arbeitsunwillens“ der einheimischen Bevölkerung setzten die Arbeitsämter daher bald Zwangsmaßnahmen ein, wie Razzien durch die lokalen Hilfspolizeikräfte, Passkontrollen, Einführung der Prügelstrafe, Verhängung von Haftstrafen bis zu 14 Tagen und Einrichtung von Arbeitslagern. Manchmal veranlassten die Arbeitsbehörden auch den SD, mit „drakonischen Strafen“ einzugreifen.⁸ Der Zeitzeuge Viktor Smal'ko berichtet, dass sein Vater vor seinen Augen von Deutschen zu Tode geprügelt wurde, weil er sich weigerte,

⁵ Vgl. Monatsbericht der BHO, Abt. Donezkohle vom November 1942, in: Bundesarchiv (BArch) RW 31/485 sowie Jahresbericht der BHO für 1942, in: BArch R 3101/34174; Bergbauarchiv Bochum (BBA) 20, 241. NI-5261; BArch RW 31/261, 441; Riedel, Bergbau (Anm. 2), S. 278-279.

⁶ Bericht des Wirtschaftsstabes Ost / Chefgruppe Arbeit zum Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten, in: Russisches Staatliches Militärarchiv// Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (RGVA), F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1.

⁷ Vgl. Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944) [Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5], Berlin 1991, S. 28-30; „Grüne Mappe“, Teil I, S. 16-19, Teil II, S. 49-50, in: BArch R 26IV/33a.

⁸ Vgl. Bericht der Gruppe Arbeit beim Wirtschaftsstab Ost vom 20. November 1941, in: BArch RW 31/243, Bl. 158-162; Schlussübersicht über den Kriegseinsatz 1941 der Wirtschaftsinspektion Süd, in: NA, T77, roll 1103; Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von März 1942, in: BArch RW 31/431; KTB Wirtschaftsinspektion Süd vom 21. Januar und 2., 3., 5., 6. Februar 1942, in: NA, T77, roll 1103.

auf seinem alten Arbeitsplatz als Gießer in der Metallfabrik zu arbeiten.⁹ In der Stadt Krasnoarmejsk wurde ein Arbeits- und Erziehungslager für Personen eingerichtet, die die Arbeit verweigerten und sich der „neuen Ordnung“ widersetzen.¹⁰

Arbeitskräfterekrutierungen, selektive Hungerpolitik und der Einsatz von Gewalt und Zwang

Die Arbeitseinsatzpolitik der deutschen Besatzungsbehörden stand über den gesamten Besatzungszeitraum hinweg in engem Zusammenhang – und in mancher Hinsicht auch im Widerspruch – zu ihrer Ernährungspolitik. Mit dem Ziel, die Versorgung der Truppe aus dem Lande sicherzustellen und zudem ein Höchstmaß an Lebensmitteln ins Reich abzutransportieren, war im Frühjahr 1941 zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) die Durchführung einer selektiven Hungerstrategie gegenüber der sowjetischen Bevölkerung vereinbart worden. Diese beinhaltete vor allem das Aushungern der landwirtschaftlichen „Zuschussgebiete“, das heißt der größeren Städte und Industrieregionen, während der Landbevölkerung aus pragmatischen Überlegungen eine elementare Selbstversorgung zugestanden wurde.¹¹ Der Hungertod einiger Millionen Menschen wurde von den Strategen dieser Politik bewusst in Kauf genommen. In der Praxis erwies sich der „Hungerplan“ aber schon bald als nicht durchführbar. Von den mit der praktischen Durchführung der Hungerpolitik beauftragten Besatzungsorganen kamen daher immer wieder Anstöße zu einem Richtungswechsel, häufig unter pragmatischen Gesichtspunkten. Vor allem der wachsende Bedarf an Arbeitskräften für den Einsatz vor Ort sowie für den Reichseinsatz spielte dabei eine wichtige Rolle. Die selektive Hungerpolitik gegenüber der Stadtbevölkerung wandelte sich zunehmend zu einer selektiven Hungerpolitik gegenüber allen Nicht-Arbeitenden.¹²

Um dem Hunger in den Städten zu entfliehen, versuchte ein Großteil der Bergbaubevölkerung in den ersten Besatzungsmonaten auf das Land abzuwandern oder sich durch Tauschgeschäfte mit der Landbevölkerung Lebensmittel zu verschaffen. Angesichts von Lebensmittelzuteilungen im Umfang von täglich 325 g Brot pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung (ohne Verpflegung der Familienangehörigen) war die Arbeit im Bergbau unattraktiv. Die neben den geringen Lebensmit-

⁹ Interview mit Viktor Smal’ko im Oktober 2004 in Donec’k.

¹⁰ Vgl. Archiv der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ in Berlin, Bestand „sonstige Haftstätten“, Historische Fragen Ukraine (505.16).

¹¹ Vgl. zu diesem Stadt-Land-Gegensatz: Tanja Penter, Arbeiten für den Feind in der Heimat – Der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine, 1941–1944, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, H. 1 (2004), S. 65-94.

¹² Vgl. zur Hungerpolitik ausführlich: Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008, S. 183-200; Der Angriff auf die Sowjetunion. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 989-1022; Christian Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998; Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges (Ausstellungskatalog), Hamburg 2002, S. 287-360.

telrationen an die arbeitende Bevölkerung gezahlten Arbeitslöhne, die sich an den sowjetischen Vorkriegstarifen orientierten, standen in keinem Verhältnis zu den horrenden Preisen auf den entstehenden Schwarzmärkten.¹³ Im April meldete die Wirtschaftsinspektion Süd zur Lage der etwa 24.000 bei der BHO beschäftigten Bergleute: „Der Ernährungszustand der Leute ist zum Teil derartig schlecht, dass sie vor Entkräftung kaum arbeiten und vielfach nur durch Zwang zum Erscheinen zur Arbeit veranlasst werden können.“¹⁴ Aus einzelnen Bergbausiedlungen berichteten die militärischen Verwaltungs-behörden im März 1942 von „deutlichen Anzeichen des langsamen Verhungerns – Aufschwellen“.¹⁵

In Char’kiv forderte der Hungerwinter 1941/42 Tausende von Opfern. Dagegen war in Stalino die Zahl der Hungertoten offenbar deutlich geringer. Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die „Hamsterfahrten“ der Stadtbevölkerung auf das Land in Stalino, anders als in Char’kiv, von den Besatzungsbehörden nicht unterbunden, sondern zunächst weitgehend zugelassen wurden.¹⁶ In einem Bericht der OFK Donez vom 24. September 1942 heißt es dazu: „Die reiche Natur der Ukraine hat bisher auch den Nichtversorgten die Aufrechterhaltung ihrer Existenz ermöglicht. Allerdings konnte das nur dadurch erreicht werden, dass man den starken Wanderverkehr der städtischen Bevölkerung aufs Land zum Zweck der Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht unterbunden hat.“¹⁷ Bei diesen Suchen legte die Bevölkerung manchmal mehrere hundert Kilometer zu Fuß zurück. Der Zeitzeuge Jakov Gorin erinnert sich: „Das Leben war sehr hart, besonders für Frauen mit Kindern. Im Winter gingen sie, komme was da wolle, aufs Dorf, um Lebensmittel einzutauschen. Viele erfroren auf dem Weg dorthin und wurden tot zurückgebracht.“¹⁸

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau des Donbas unterschieden sich nicht wesentlich von denen der ins Reich verschleppten „Ostarbeiter“, die dort im Bergbau eingesetzt wurden. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Ausbeutung, weitgehende Rechtlosigkeit, katastrophale Versorgung und die Erfahrung von Terror und Gewalt war ihre Situation mindestens ebenso schlecht. Der Anteil der mit Gewalt zur Arbeit gezwungenen war in beiden Fällen beachtlich, wenngleich es hier wie dort auch freiwillige Meldungen gab, die jeweils mit den allgemeinen Bedingungen im besetzten Gebiet korrespondierten. Sowohl für die Bergleute

¹³ BArch RW 31/262, 409, 431; BArch RH 22/91; Staatsarchiv des Gebietes Donec’k// Deržavnyj Archiv Doneckoj Oblasti (DADO), F. R-1622, Op. 1, D. 1, Bl. 24-26.

¹⁴ Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von April 1942, in: BArch RW 31/431.

¹⁵ KTB 2, Anlage 18, in: National Archives (NA), T 77, roll 1103.

¹⁶ Nach Angaben der ukrainischen Stadtverwaltung fielen der Hungerkatastrophe bis September 1942 mindestens 11.918 Menschen zum Opfer. Char’kiv wurde von der deutschen Militärverwaltung systematisch abgeriegelt und in ein „Hungerghetto“ verwandelt. Vgl. dazu Verbrechen der Wehrmacht (Anm. 12), S. 328-346. Genaue Zahlen für Stalino liegen in den verfügbaren Akten nicht vor. Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von Mai und Juni 1942, in: BArch RW 31/431.

¹⁷ Vgl. BArch RH 22/91.

¹⁸ Interview mit Jakov M. Gorin, aufgezeichnet im April 2002 in Donec’k.

te im Donbas als auch für ihre Landsleute im Reich galt, dass die Arbeitsverhältnisse nicht ohne weiteres gelöst werden konnten. Die sowjetischen Arbeitskräfte konnten im besetzten Gebiet ebenso wenig wie im Reich Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen nehmen und waren weitgehend rechtlos. Zudem bestand eine massive lohnrechtliche Benachteiligung der sowjetischen Arbeitskräfte. Im besetzten Gebiet war diese möglicherweise sogar noch größer, da der „Osteinsatz“ für die Deutschen bessere Verdienstmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg bedeutete, während die Verpflegungsrationen und Löhne der sowjetischen Arbeiter im Donbas deutlich niedriger als im Reich ausfielen. Anders als die „Ostarbeiter“ im Reich waren zumindest die Zivilarbeiter im Donbas jedoch nicht in Lagern untergebracht, sondern lebten zumeist in ihren alten Wohnungen und Familienverbänden, was für viele der Betroffenen sicher einen bedeutenden Vorteil gegenüber dem Reichseinsatz darstellte. Sie besaßen daher größere Mobilitätsfreiräume und konnten ihre alten Sozialbeziehungen und Netzwerke aufrechterhalten. Durch regelmäßige Hamsterfahrten aufs Land vermochten die Familien ihr Überleben zu sichern. Es sind zudem auch einige zwangsweise Deportationen und „Umsiedlungen“ von Arbeitskräften innerhalb des Donbas überliefert. Ganz anders sah jedoch die Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen aus, die als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurden. Ihre Überlebenschancen in den Bergbaulagern waren verschwindend gering.

Angesichts der selektiven Hungerpolitik der Besatzungsmacht gegenüber den ukrainischen Industrieregionen und der allgemeinen Logik des Vernichtungskrieges beinhaltete der Arbeitseinsatz der Bergleute aber auch Aspekte einer „Rettung durch Arbeit“. Denn letztlich war es das wachsende Interesse der deutschen Kriegswirtschaft an der Ausbeutung der Arbeitskraft der sowjetischen Industriearbeiter, das zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und damit Erhöhung ihrer Überlebenschancen führte. Angesichts des alltäglichen Massenterrors des Besatzungsregimes war der Arbeitseinsatz ein Bereich des Besatzungsalltags, in dem ein vergleichsweise hohes Maß an „Normalität“ erfahren wurde und der den Beschäftigten einen gewissen Schutz vor physischer Vernichtung sowie die „Gemeinschaft und Solidarität des Kollektivs“ sicherte, wie sich die Zeitzeugin Aleksandra Volkova erinnerte.¹⁹

Das Beispiel der sowjetischen Bergbauingenieure zeigt zudem, dass nicht jedes Arbeitsverhältnis unter deutscher Besatzung mit dem Begriff der Zwangsarbeit angemessen beschrieben werden kann. Es bestanden große Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen der sowjetischen Arbeitskräfte. Dabei hingen die Überlebenschancen der verschiedenen Gruppen in hohem Maße von ihrem Zugang zu Nahrungsmitteln ab. Die Landbevölkerung war im allgemeinen, jedoch nicht in jedem Einzelfall, besser gestellt als die Stadtbevölkerung. Aber auch in den Städten gab es privilegierte Arbeitsplätze bei deutschen Dienststellen oder in den einheimischen Verwal-

¹⁹ Interview mit Aleksandra V. (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

tungen. Deutlich schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen galten dagegen vielfach für die Arbeitskräfte der Rüstungsbetriebe. Unter ihnen standen in der rassistischen Hierarchie der deutschen Besatzer nur noch die sowjetischen Kriegsgefangenen und die jüdischen Arbeitskräfte.²⁰ Die deutsche Arbeitseinsatzpolitik in der besetzten Ukraine zielte von Beginn an auf die Aussonderung von jüdischen Arbeitskräften, die auch für den Donbas-Bergbau gleich angeordnet wurde. Bei der praktischen Umsetzung halfen lokale Wirtschaftskader.

Die Empirie zeigt uns die Grenzen des „Zwangsarbeiter“-Begriffs in den besetzten Gebieten auf: Er eignet sich kaum, um die Unterschiedlichkeit der Arbeitsbeziehungen und Lebenslagen im besetzten Gebiet (Stadt- und Landbevölkerung, Arbeiter und Ingenieure, Juden und Nicht-Juden, Kriegsgefangene und Zivilarbeiter) und die engen Wechselbeziehungen, zum Teil auch Überschneidungen, zwischen der „Arbeit für den Feind“, „Kollaboration“ und auch „Widerstand“ zu erfassen.

Weibliche Arbeitskräfte im Bergbau

Als männliche Arbeitskräfte immer weniger verfügbar waren, gewann der Arbeitseinsatz von Frauen zunehmende Bedeutung. Eine Propagandaabteilung der Wehrmacht in der Ukraine stellte bereits im Juli 1942 fest: „Die Ukraine ist gegenwärtig ein Land fast ohne Männer. Die Mehrheit von ihnen wurde in die Rote Armee gepresst oder verschleppt, Hunderttausende arbeiten im Deutschen Reich. So liegt die Hauptlast des Aufbauwerkes auf den Schultern der Frauen. Sie bestellen die Felder, sie stehen in den Betrieben, sie helfen im Handwerk und leisten bei schmaler Kost und tropischer Hitze auch die schwere Arbeit des Straßenbaus. Dabei ziehen sie ihre Kinder groß, sind gesund und kräftig, bescheiden und immer guter Laune.“²¹

Im Operationsgebiet erfolgte im April 1943 eine Totalaushebung aller Frauen der Geburtsjahrgänge 1924 und 1925 zur Deportation ins Reich.²² Frauen stellten aber nicht nur über die Hälfte der deportierten „Ostarbeiter“,²³ sondern wurden auch vor Ort vermehrt als Arbeitskräfte eingesetzt. In den Gebieten unter Militärverwaltung waren im Juli 1943 60 Prozent aller 6,4 Mio. Beschäftigten Frauen.²⁴ Auf dem Land stellten Frauen von Beginn an die Mehrzahl der Arbeitskräfte. Aber auch in den einheimischen Verwaltungen waren sie stark vertreten, wengleich sie

²⁰ Vgl. dazu ausführlicher Penter, *Arbeiten für den Feind* (Anm. 11), S. 65-94.

²¹ BArch RH 22/42, Bl. 142.

²² Vgl. Doneckij Vestnik, 14. April 1943, S. 4.

²³ Vgl. Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin/Bonn 1985, S. 272.

²⁴ Vgl. Rolf-Dieter Müller, (Hg.): *Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos*, Kiew/Boppard 1991, S. 304.

von den Deutschen in der Regel nicht in Leitungsfunktionen zugelassen wurden.²⁵ Der steigende Fraueneinsatz zeigte sich auch in der Schwerindustrie: In der Metallindustrie waren im August 1943 24 Prozent der Arbeitskräfte Frauen und in der Torfproduktion sogar 65 Prozent.²⁶ Im Steinkohlenbergbau des Donbas stieg der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Besatzungszeitraum ständig an, erreichte im Juli 1943 28,5 Prozent und lag damit noch etwas höher als in der sowjetischen Vorkriegszeit.²⁷

In den besetzten Gebieten arbeiteten Frauen im Bergbau auch unter Tage, während dieser Arbeitsbereich im Reich eine „Männerdomäne“ blieb.²⁸ Mit dem verstärkten Arbeitseinsatz von Frauen folgten die deutschen Besatzer dem sowjetischen Vorbild. Das Auslandsreferat der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft hatte schon im Januar 1939 über die Frauenarbeit in der Sowjetunion berichtet: „Eine Reihe von Erhebungen hat gezeigt, dass in der Sowjetunion die Frauen nicht selten eine höhere Arbeitsproduktivität erreichen als die Männer. [...] Für diese überraschende Erscheinung lassen sich folgende drei Gründe anführen: Erstens ist die Frau pünktlicher; sie besitzt ein ungleich besseres Verständnis für den Begriff Zeit; zweitens ist die Frau, was den Alkohol anbelangt, erheblich zurückhaltender, was einem höheren Verantwortungsgefühl entspricht; drittens ist die Frau als Einzelpersonlichkeit beständiger, sesshafter und daher viel enger und dauernder an ihren jeweiligen Aufenthaltsort gebunden.“²⁹ Der Autor des Berichts kam zu dem Fazit, dass der verhältnismäßig hohe Prozentsatz berufstätiger Frauen der sowjetischen Volkswirtschaft einen gewissen Rückhalt gebe und systembedingte Zerfallsprozesse verzögere.³⁰ Andererseits entsprach die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit aber auch der allgemeinen und kriegsbedingten Entwicklung: So waren auch im Reich im Sommer 1943 ein Drittel aller Beschäftigten in Rüstungsbetrieben Frauen.³¹

Die Praxis gab den Besatzern recht: Im Steinkohlenbergbau des Donbas erwies sich der Einsatz von Frauen in keiner Weise als leistungsmindernd. Im Gegenteil: Parallel zum verstärkten Fraueneinsatz war ein kontinuierlicher Anstieg der Förderleistung pro Arbeitskraft und Schicht

²⁵ Von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung in Stalino waren beispielsweise über die Hälfte Frauen. Vgl. Bericht der Kommission zur Überprüfung des Arbeitseinsatzes über die Stadtverwaltung Stalino, in: BArch RW 31/437; Bericht des ukrainischen Partisanenstabs zur Organisation der Macht in den besetzten Gebieten, in: CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 15-26.

²⁶ Vgl. Erläuterungen des Wirtschaftsstabes Ost zu den durchschnittlichen Stundenverdiensten im Bereich der WiS, in: BArch RW 31/260

²⁷ BArch RW 31/424, 441.

²⁸ Laut eines Erlasses des Reichswirtschaftsministers vom 17. Juni 1942 sollten sowjetische Zivilarbeiterinnen zwar im Bergbau eingesetzt werden, um „die schon im Bergbau mit körperlich schweren oder besonders schmutzigen Arbeiten beschäftigten deutschen Frauen abzulösen“. Ihr Einsatz blieb jedoch auf den Tagebau bzw. die Übertagearbeiten beschränkt, während eine Beschäftigung unter Tage im Reich nicht nur für deutsche Frauen, sondern auch für die „Ostarbeiterinnen“ „aus grundsätzlichen Erwägungen“ ausschied. Vgl. BArch R 3901/20481, Bl. 212.

²⁹ RGVA, F. 1458, Op. 40, D. 6, Bl. 81.

³⁰ Ebd., Bl. 85.

³¹ Vgl. dazu Rüdiger Hachtmann, Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft 1936 bis 1944/45, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 332-366, und BArch R 7/1081.

festzustellen, so dass im Sommer 1943 in einigen Bergwerken die Förderleistung der Sowjetzeit bereits wieder erreicht wurde.³²

Im Hinblick auf ihre Löhne litten die Frauen in den besetzten Gebieten unter der gleichen Diskriminierung wie die deutschen Arbeiterinnen im Reich:³³ Frauen, die im gewerblichen Bereich beschäftigt waren, erhielten im RKU um 20 Prozent geringere Löhne als ihre männlichen Kollegen. Wenn sie jedoch gleichermaßen Schwerstarbeit leisteten, konnten sie den gleichen Lohn erreichen. In den Gebieten unter Militärverwaltung wurde zudem im Februar 1943 eine neue Lohnverordnung erlassen, nach der Frauen den gleichen Lohn erhalten sollten wie die Männer.³⁴ Es bleibt zwar unklar, in wie weit diese Verordnung auch umgesetzt wurde, sie beinhaltete jedoch unverkennbar ein gewisses emanzipatorisches Moment für die Frauen, umso mehr, da die Lohngleichheit von Männern und Frauen in der Sowjetunion der dreißiger Jahre eine Utopie geblieben war.³⁵

Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Bergbau

Unter besonders schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen mit sehr hohen Todesraten litten unter den Arbeitskräften des Bergbaus die dort eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen. Laut Führerbefehl vom 1. Juli 1942 sollten 60.000 Kriegsgefangene für den Bergbau bereitgestellt werden. Diese Zahl wurde jedoch nie erreicht. Ende September 1942 befanden sich in den Lagern etwa 39.000 Kriegsgefangene, von denen wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes, mangelnder Kleidung und fehlender Bewachungskräfte allerdings nur etwas mehr als die Hälfte zur Arbeit eingesetzt werden konnten. Für die Durchführung des Kriegsgefangeneinsatzes, Unterbringung, Bewachung und Ernährung war die Oberfeldkommandantur (OFK) 397 zuständig, die seit November 1942 dem Oberkommando des Heeres (OKH) direkt unterstellt war.³⁶ Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen war extrem hoch und betrug nach Angaben der OFK Donez im November 1942 in den Bergbau-Stammlagern (Stalag) über 12 Prozent monatlich. In vielen Lagern herrschten Fleckfieber und Typhus.³⁷ Der Inspekteur der Wirtschaftsinspektion Hans Nagel äußerte zur hohen Sterblichkeit der Kriegsgefangenen auf der Kommandeur-Haupttagung im November 1942:

„Ich werde den Gedanken nicht los, als ob bei der Ernährung der Kriegsgefangenen die unbedingt nötige Rücksicht auf die Erhaltung ihrer Arbeitskraft vielfach vergessen worden ist. Man-

³² Vgl. BArch RW 31/412, 441, 477, 485; Jasnopol'skij, Kamennougol'naja Promyšlennost', T. 1, S. 190-208.

³³ Vgl. dazu Hachtmann (Anm. 31), S. 360.

³⁴ Vgl. Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine, 10. Juli 1942, S. 45-46; Müller (Anm. 24), S. 532.

³⁵ Vgl. Wendy Goldman, Women, the State, and Revolution. Soviet family policy and social life, 1917-1936, Cambridge u.a. 1995, S. 16-17.

³⁶ BArch RW 31/976, 433, 343, 418; BArch RH 22/92, Bl. 34-35.

³⁷ BArch RW 31/434, 976, 343, 418, 421, 485; BArch R 3101/34174.

ches wird hier schwer wieder gut zu machen sein. Es wird auch nicht immer an den Verpflegungsmengen liegen, die für die Kriegsgefangenen ausgeworfen sind, sondern oftmals mehr daran, ob die ihnen zustehenden Mengen auch wirklich ausgegeben und in nutzbarster Form zubereitet und verabfolgt sind. Die vielfachen Krankheitserscheinungen und die hohe Sterblichkeit in vielen Lagern lassen den Schluss zu, dass hier zu irgendwelchen Zeiten nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen sind.“³⁸

Für die Bergbaubetriebe erwies sich der Einsatz von Kriegsgefangenen als vollkommen unrentabel, obwohl ein Kriegsgefangener das Unternehmen nur etwa halb so viel kostete wie ein Zivilarbeiter. Die Arbeitsleistung von Kriegsgefangenen war aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes und fehlender Bergbau-Qualifikation sowie geringer Arbeitsmotivation zumeist sehr gering. Zudem durften Kriegsgefangene aus Sicherheitsgründen unter Tage nicht zu Nachtschichten eingesetzt werden, was für die Bergwerke ein betriebliches Problem darstellte.³⁹ Bis März 1943 waren Kriegsgefangene daher wieder nahezu völlig aus der Belegschaft des Steinkohlenbergbaus verschwunden. Man hatte sie in noch größerem Maße als die zivilen Arbeitskräfte im Donezbergbau einfach „verheizt“, ohne dass ihre Arbeitskraft dabei für den Bergbau besonders produktiv gewesen wäre, wie der Bergassessor Wilhelm Berkenkamp, der von Juli 1942 bis September 1943 für die BHO eine Bergbau-Direktion im Donezbecken leitete, im November 1942 in einem Brief in die Heimat bemerkte: „Der Einsatz der Kriegsgefangenen ist ein Kapitel für sich. Die Leute sind halbverhungert und schleichen durch die Gegend. An den Arbeitsstellen liegen sie mehr, als dass sie stehen und arbeiten. Die Abgänge durch Krankheit, Tod und Fluchten sind groß.“⁴⁰

Nach sowjetischen Angaben kamen allein im Gebiet Stalino (Donec’k) im Besatzungszeitraum bis zu 150.000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben.⁴¹ Sie stellten damit in der Region die größte Opfergruppe dar. Ihr Massensterben vollzog sich vor den Augen der lokalen Bevölkerung und ist bis heute in den Erinnerungen von Zeitzeugen nicht selten präsenter als die Ermordung der Juden.⁴² Die Erforschung des Massensterbens und des Arbeitseinsatzes von sowjetischen Kriegsgefangenen im besetzten Gebiet stellt ein Desiderat der Forschung dar, umso mehr, da sowjetische Kriegsgefangene nach 1945 von den Entschädigungsprogrammen für ehemalige

³⁸ BArch RW 31/417.

³⁹ BArch RW 31/485, 434.

⁴⁰ Bergbauarchiv Bochum, 55/2579.

⁴¹ Ol. Ionov, *Zločynstva Nimciv u Donbasi* [Verbrechen der Deutschen im Donbas], Kiev 1946, S. 15. Vgl. zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Ukraine auch Karel C. Berkhoff, *The „Russian“ Prisoners of War in Nazi-Ruled Ukraine as Victims of Genocidal Massacre*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 15 (2001), S. 1-32.

⁴² Vgl. dazu die Ergebnisse eines oral history-Projektes mit Zeitzeugen im Donbas: Tanja Penter, Dmytro Tytarenko, *Opyt nacistskoj okkupacii v Donbasse: svidetel’stvujut očevidy*, (Die Erfahrung der nationalsozialistischen Besatzung im Donbass: Zeitzeugen berichten), Donec’k 2013; Dies., *Local memory on War, German occupation and postwar years: an oral history project in the Donbass*, in: *Cahiers du Monde russe* 52/ 2-3 (2011), S. 475-497.

Zwangsarbeiter ausgeschlossen waren und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion vielfach bis heute keine Rehabilitierung und Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus erfahren haben.

Die Deportationen ins Reich und der Arbeitskräfteeinsatz im besetzten Gebiet: Wechselwirkungen, Konkurrenzen und Konflikte

Es mag überraschen, aber die Deportation ins Reich erschien zumindest Teilen der einheimischen Bevölkerung in der Anfangszeit vorteilhafter als der „hungrige“ Arbeitseinsatz vor Ort. Dies lag vor allem daran, dass die Rekrutierungskommissionen mit deutlich höheren Verpflegungssätzen warben und darüber hinaus die Versorgung der zurückbleibenden Angehörigen versprachen. Am 15. Februar 1942 ging der erste Transport mit über 1.000 Facharbeitern von Stalino ins Reich. Bis Ende des Monats meldeten sich in Stalino über 20.000 Menschen „freiwillig“ für den Einsatz im Reich, vor allem begründet durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse vor Ort.⁴³ Manche hatten sich blenden lassen von der propagandistischen Besatzungspresse, die ein glanzvolles, völlig verzerrtes Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen der „Ostarbeiter“ in Deutschland zeichnete. Insgesamt wurden aus dem Donezbecken – nach sowjetischen Angaben – über 330.000 Menschen als „Ostarbeiter“ ins Reich verschleppt; davon kamen allein 252.239 aus dem Gebiet Stalino und 74.047 aus dem Gebiet Vorošilovgrad. Aus dem Zuständigkeitsbereich der gesamten Wirtschaftsinspektion Süd wurden von Januar 1942 bis September 1943 über 700.000 Menschen ins Reich deportiert. Über die Hälfte der Verschleppten waren Frauen.⁴⁴

Die Zahl der „Freiwilligen“ für den Reichseinsatz ging indes schnell zurück, als sich herausstellte, dass das Versprechen, die Angehörigen zu versorgen, von den Besatzungsbehörden nicht eingehalten wurde. Auch Nachrichten über die katastrophalen Lebensbedingungen der „Ostarbeiter“ im Reich verbreiteten sich zügig unter der Bevölkerung im besetzten Gebiet.⁴⁵ Bereits im April 1942 berichtete die Wirtschaftsinspektion Süd, dass Arbeitskräfte für das Reich mit Hilfe der lokalen Polizei zwangsweise rekrutiert werden mussten.

Seit Sommer 1942 gerieten die Rekrutierungen für den Reichseinsatz zunehmend in Konkurrenz zum steigendem lokalen Bedarf, insbesondere an Fachkräften. Bereits im April 1942 hatte die BHO daher gegenüber Vertretern des Wirtschaftsstabes Ost und der Vierjahresplanbehörde gefordert, dass die bereits für sie tätigen Bergleute nicht von den Sauckel-Kommissionen abgeworben werden dürften. Zudem setzte sich die BHO seit Juni 1942 beim Reichswirtschaftsministerium und beim Wirtschaftsstab Ost massiv für eine Verbesserung der Ernährung der Bergleute ein. Sie verlangte für die im Donezbergbau tätigen Arbeitskräfte die gleichen Verpflegungssätze,

⁴³ Vgl. Doneckij Vestnik, 29. Januar 1942; 1. Februar 1942; 15. Februar 1942; 9. August 1942; BArch RW 31/410.

⁴⁴ Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 1478, Bl. 7; BArch RW 31/418.

⁴⁵ Vgl. Lageberichte der Wirtschaftsinspektion Süd für April und Mai 1942, in: BArch RW 31/431.

wie sie die sowjetischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen auf deutschen Zechen erhielten. Bis dahin hatten die Bergleute gemäß den Verpflegungssätzen des Wirtschaftsstabes Ost für Schwerarbeiter weniger bekommen als der russische Normalarbeiter in Deutschland und weniger als die Hälfte des russischen Bergarbeiters im Reich. Vielfach waren sogar diese Sätze gar nicht zur Ausgabe gekommen.⁴⁶ BHO-Chef Pleiger erreichte, dass Hitler am 1. Juli einen Führerbefehl unterzeichnete, in dem er den schnellen Wiederaufbau der Kohlenförderung im Donezgebiet als „eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Weiterführung der Operationen im Osten und die Ausnutzung des russischen Raumes für die deutsche Kriegswirtschaft“ anerkannte. Zu den dort angeordneten Sondermaßnahmen zählte auch die Sicherstellung der Ernährung für die Bergleute.⁴⁷ In der Folge verbesserte sich die Verpflegung zumindest der zivilen Bergleute und ihrer Angehörigen offenbar deutlich, vor allem dadurch, dass die Rationen nun auch tatsächlich ausgegeben wurden.⁴⁸ Die Belegschaft des Steinkohlenbergbaus erfuhr seit Juli 1942 einen deutlichen Zustrom und stieg bis November auf über 100.000 an. Das hing auch damit zusammen, dass durch die Sicherstellung der Ernährung zahlreiche Bergleute freiwillig zu ihren Gruben zurückkehrten.

Generell zeichneten sich seit der zweiten Jahreshälfte 1942 ein wachsender Mangel an und eine intensivere Konkurrenz um Arbeitskräfte ab, die die Besatzungsbehörden zu einem Wandel ihrer Arbeitseinsatzpolitik zwangen: Diese konzentrierte sich nun zum einen auf die „Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskräfte“ und zum anderen auf ihre möglichst vollständige Erfassung.⁴⁹ Zur Steigerung der Arbeitsleistung erhöhte man nicht nur die Arbeitszeit von 48 auf 54 Wochenstunden, seit Jahresende 1942 wurden zudem in vielen Betrieben Akkordarbeit und Leistungsprämien eingeführt und man griff sogar auf alte sowjetische Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsleistung zurück. Um den steigenden Arbeitskräftebedarf vor Ort und im Reich zu decken, setzten die Wirtschaftsbehörden zudem verstärkt Zwangsmaßnahmen ein. Freiwillige Meldungen für den Reichseinsatz gab es bereits im Winter 1942 kaum noch. Auf Anordnung Sauckels wurden im April 1943 von den Arbeitsbehörden erstmals ganze Geburtsjahrgänge ausgehoben.⁵⁰ Der Erfolg blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück:

„Die Bevölkerung nimmt allgemein eine ablehnende Haltung zum Reichseinsatz ein. Es ist ihr jedes Mittel recht, um sich der Arbeit im Reich zu entziehen. Die Androhung von Strafen, selbst der Todesstrafe, macht keinen merklichen Eindruck. Um sich der Musterung zu entziehen, ver-

⁴⁶ Vgl. BArch RW 31/339, 344; BArch RH 22/92; BArch R 3101/31156; Ereignismeldung UdSSR Nr. 187 vom 30. März 1942, in: BArch R 58/221, Bl. 184.

⁴⁷ Im Hinblick auf den konkreten Umfang der Verpflegungsrationen existieren in den Akten mindestens zwei Varianten des Befehls; in beiden Fällen wurde jedoch eine Besserstellung gegenüber den zuvor geltenden Sätzen erreicht. Vgl. BArch RH 22/92; BArch RW 31/976.

⁴⁸ Vgl. BArch RW 31/344, 414.

⁴⁹ Vgl. dazu NA, T 77, rolls 1104, 1105; BArch RW 31/418, 434.

⁵⁰ BArch RW 31/434, 418, 421, 423.

lassen die Dienstpflichtigen vielfach ihre bisherigen Arbeitsstätten und Wohnungen. Zuweilen verschwinden ganze Familien, um dem Rückgriff auf Angehörige zu entgehen.“⁵¹

Große Ausfälle verursachte zudem der schlechte Gesundheitszustand der Musterungspflichtigen, so dass an einigen Orten gerade einmal ein Fünftel der Gemusterten überhaupt für den Reichseinsatz geeignet war. Aus Angst vor der Verschleppung war bei den Musterungspflichtigen die Praxis verbreitet, sich selbst Verletzungen oder Vergiftungen zuzufügen. Außerdem entzog sich ein erheblicher Teil der Gemusterten dem Reichseinsatz durch Flucht.⁵²

Der Arbeitseinsatz vor Ort zeigte ein ähnliches Bild: Auch dort konnten Arbeitskräfte im Frühjahr 1943 nur noch unter Anwendung massiven Zwangs rekrutiert werden. Die einheimische Polizei führte an öffentlichen Plätzen Razzien und Menschenjagden auf Sowjetbürger durch oder riegelte ganze Wohnblöcke ab, um dort bei Nacht die Wohnungen zu durchsuchen.⁵³ Allerdings vermitteln die Quellen den Eindruck, dass der Reichseinsatz der Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits weitaus verhasster war als der Einsatz vor Ort. Die Arbeit im lokalen Bergbau versprach sogar einen gewissen Schutz vor der Verschickung ins Reich.

Um den Facharbeitermangel zu beseitigen, versuchten die Arbeitsbehörden die aufs Land abgewanderten Facharbeiter systematisch zu erfassen und zurückzuführen. Mehrere tausend Bergleute wurden zudem aus feindgefährdeten oder zeitweilig geschlossenen Bergbaugebieten des Donbas im Frühjahr und Sommer 1943 in andere Bergbaudirektionen umgesiedelt, was in der Regel die „Anwendung schärfsten Zwangs“ erforderte. Außerdem wurden die gewerblichen Betriebe von speziellen „Auskämm“-Kommissionen auf den „sparsamen und zweckentsprechenden Einsatz der vorhandenen Kräfte“ hin überprüft. Alle berufsfremd beschäftigten Bergleute sollten in den Bergbau zurückgeführt werden und auch der Lehrlingsausbildung wurde verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Um Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin zu ahnden, wurden zudem vermehrt Arbeitserziehungslager eingerichtet, die in der Bevölkerung gefürchtet waren.⁵⁴

Neue Zwangsarbeiterhierarchien im Donbas nach 1945

Die zentrale Bedeutung des „Produktionsfaktors Mensch“⁵⁵ für die deutsche Kriegswirtschaft und der große wirtschaftliche Nutzen des Arbeitseinsatzes von Sowjetbürgern für das Reich sind in der Forschung heute unbestritten. Noch kaum erforscht ist hingegen die Frage nach den Rückwirkungen dieses Arbeitseinsatzes auf die sowjetische Nachkriegsgesellschaft, die – ganz

⁵¹ Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd für Mai 1943, in: BArch RW 31/439.

⁵² BArch RW 31, 477, 423, 439.

⁵³ ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 259; T. 3, Bl. 195; T. 4, Bl. 103; T. 5, Bl. 11.

⁵⁴ BArch RW 31/418, 423, 424, 426, 428, 439.

⁵⁵ Müller (Anm. 24), S. 347.

abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden – beträchtlich zu sein scheinen.⁵⁶ Diejenigen, die für den Feind gearbeitet hatten, standen nach dem Krieg unter dem Pauschalverdacht des „Vaterlandsverrats“. Insbesondere die heimkehrenden „Ostarbeiter“ und Kriegsgefangenen bekamen dies nach ihrer Repatriierung in Form von Repressalien und Diskriminierungen zu spüren. Hunderttausende von Sowjetbürgern, die (wie einige der Bergbauingenieure) in leitender Funktion mit den Deutschen zusammengearbeitet oder den Tod von Landsleuten zu verschulden hatten, wurden von sowjetischen Militärtribunalen als „Vaterlandsverräter“ zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilt.⁵⁷

Viele ehemalige Zwangsarbeiter mussten nach ihrer Heimkehr in die Sowjetunion dort erneut Zwangsarbeit beim Wiederaufbau leisten, beispielsweise in den Kohlenbergwerken des Donbas. Sie erfuhren Stigmatisierungen und berufliche Diskriminierungen, die bis zum Ende der Sowjetzeit andauerten. Die Heimkehrer wurden somit Opfer zweier Diktaturen.

Noch kaum untersucht ist bisher die Zwangsarbeit, die die Repatriierten nach ihrer Heimkehr in die Sowjetunion leisten mussten: In das Steinkohlenrevier des Donbas waren bis 1948 knapp 150.000 ehemalige Zwangsarbeiter repatriiert worden, von denen ein großer Teil als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurde.⁵⁸ Gemessen an der Zahl von über 330.000 „Ostarbeitern“, die aus dem Donbas nach Deutschland verschleppt worden waren, konnte dies die enormen Menschenverluste allerdings nicht einmal zur Hälfte aufwiegen. Die Repatriierten stellten im Donbas, wo in der Nachkriegszeit die Erfahrungen von Zwangsarbeit und Deportation in vielfacher Weise gebündelt zum Tragen kamen, allerdings nur eines von mehreren Kontingenten unfreier Arbeitskräfte dar. Mehrere große Kontingente unfreier Arbeitskräfte waren seit der Befreiung von der deutschen Herrschaft in die Region gebracht worden, darunter erstmals auch eine große Zahl von Ausländern. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um westliche, zum größten Teil deutsche Kriegsgefangene sowie um „internierte und mobilisierte“ deutsche Zivilisten – das waren überwiegend „Volksdeutsche“, die aus Ost- und Südosteuropa in die Sowjetunion verschleppt worden waren. Auch die Repatriierten bildeten keine homogene Gruppe: Darunter fielen vor allem sowjetische Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“, die nach Deutschland verschleppt worden waren, aber auch Sowjetbürger, die in der besetzten Heimat beispielsweise als Hilfspolizisten oder Sta-

⁵⁶ Für einen anregenden Versuch die wirtschaftlichen Schäden von Krieg und Besatzung für die Ukraine auszuloten vgl. Kim Christian Priemel, *Scorched Earth, Plunder, and Massive Mobilization: The German Occupation of Ukraine and the Soviet War Economy*, in: Eugene White, Jonas Scherner (Hg.), *Paying for Hitler's War: The Consequences of Nazi Economic Hegemony for Europe*, Cambridge 2016, S. 389-426.

⁵⁷ Vgl. Penter, *Local Collaborators* (Anm. 3), S. 341-364. Vgl. außerdem das Themenheft der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas: „Law and Justice in Wartime and Postwar Stalinism“, Vol. 61 (2013), H. 2; Franziska Exeler, *What Did You Do during the War? Personal Responses to the Aftermath of Nazi Occupation*, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 17, 4 (2016), S. 805–835; Dies.: *The Ambivalent State. Determining Guilt in the Post-World War II Soviet Union*, in: *Slavic Review* 75, 3 (2016), S. 606–629.

⁵⁸ Vgl. dazu ausführlich Tanja Penter, *Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953*, Essen 2010S. 301-356.

rosty mit den deutschen Besatzungsorganen zusammengearbeitet oder in deutschen Kampfverbänden gedient hatten. In einzelnen Bergwerken des Donbas bestand die Belegschaft im Oktober 1945 zu 80 Prozent aus unfreien Arbeitskräften.⁵⁹ Während der Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen und Internierten vor allem unter dem Motto „Reparationen durch Arbeit“ stand, stellte die Zwangsarbeit der Repatriierten – nach Ansicht der sowjetischen Regierung – eine Wiedergutmachung ihrer persönlichen Schuld gegenüber der Heimat dar.⁶⁰ In den neuen Zwangsarbeiter-Hierarchien, die einhergingen mit unterschiedlichen Freiheitsrechten, einem unterschiedlichen Zugang zu Nahrungsmitteln sowie einem abgestuften System der Zwangsarbeit offenbarte sich nicht zuletzt die Neukategorisierung und Neuhierarchisierung der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft. Bis heute wurde die Rolle unfreier Arbeitskräfte beim Wiederaufbau in der Sowjetunion von der historischen Forschung noch kaum untersucht, was lange Zeit vor allem auf den fehlenden Aktenzugang in den russischen Archiven zurückzuführen war und auf die Tatsache, dass eine bedeutende Wiederaufbauleistung von Zwangsarbeitern im Widerspruch zu den offiziellen Wiederaufbaumythen der Sowjetideologie stand.⁶¹

Es trifft wohl auf alle Repatriierten zu, dass sie in ihrer Heimat Bürger zweiter Klasse waren. Das Stigma, für die Deutschen gearbeitet zu haben, sollte für den weiteren Lebensweg der meisten Heimkehrer negative Folgen haben, die sich in Form von Diskriminierungen, beruflichen Problemen, Verweigerung der Zulassung zu einer höheren Ausbildung und anderen Benachteiligungen äußern konnten. Die Repatriierten hatten bis zum Ende der Sowjetunion keine Möglichkeit, ihre Erfahrungen unter deutscher Herrschaft öffentlich zu verarbeiten. Nicht wenige ver-

⁵⁹ In den Bergwerksbetrieben des Kombinats Stalinugol' waren im Oktober 1945 insgesamt 22.304 Internierte, 12.137 Kriegsgefangene, 12.597 Spezialkontingent und 19.900 Repatriierte, die in die beständigen Kader übergegangen waren, beschäftigt. Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1016, Bl. 57. In den Bergwerken des Kombinats Worosilovgradugol' zählte man zum gleichen Zeitpunkt 19.155 Internierte, 18.992 Kriegsgefangene und 891 Spezialkontingent. Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 34. Im Kombinat Artemugol' gehörten 9.950 Internierte, 4.640 Kriegsgefangene und 8.700 Spezialkontingent zur Belegschaft. Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1016, Bl. 41. Das Kombinat Donbassantracit zählte 5.649 Internierte, 13.103 Kriegsgefangene und 1.331 Spezialkontingent. Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 17. Insgesamt waren im Donbas somit im Oktober 1945 mindestens 130.000 unfreie Arbeitskräfte beschäftigt.

⁶⁰ Auch im polnischen Bergbau waren in der Nachkriegszeit Zwangsarbeiter, vor allem zivile Reichs- und Volksdeutsche, Kriegsgefangene und auch politische Häftlinge, eingesetzt worden. Vgl. Kazimierz Paschenda, Roman Smolorz, Zwangsbeschäftigte im polnischen Bergbau 1945–1956, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), S. 389–409.

⁶¹ Vgl. Pavel Poljan, *Ne po svoej vole... Istorija i geografija prinuditel'nych migracij v SSSR*, Moskau 2001, S. 191–238; V. B. Konasov, A. V. Tereščuk, *Budut nemedlenno peredany sudu voennogo tribunala...*, in: *Russkoe prošloe* H. 5 (1994), S. 318–337; P. N. Knyševskij, *Gosudarstvennyj komitet oborony: metody mobilizacii trudovykh resursov*, in: *Voprosy istorii* H. 2 (1994), S. 53–65; M. Semirjaga, *Priказы o kotorych my ne znali. Stalin chotel vyvezti iz Germanii v SSSR vsech trudosposobnykh nemcev*, in: *Novoe vremja* H. 15 (1994), S. 56–57; Ivan Ivanović Čuchin, *Internirovannaja Junost'. Istorija 517-go lagerja internirovannykh nemok HKVD SSSR*, Moskau-Petrozavodsk 1995; Anatolij Stepanovič Čajkovskij, *Plen za čužie i svoi grechi. Voennoplennye i internirovannye v Ukraine 1939–1953gg.*, Kiev 2002.

heimlichten das Stigma, in Deutschland gewesen zu sein, ein Leben lang selbst vor den engsten Angehörigen.⁶²

Diskriminierungen und Stigmatisierungen aufgrund des Pauschalverdachts des Vaterlandsverrats trafen aber auch mehrere Millionen Einwohner der besetzten sowjetischen Gebiete, bei denen ab 1943 ein diesbezüglicher Vermerk im Ausweis vorgenommen wurde. Dieser Vermerk konnte Karrierechancen unter Umständen einschränken oder andere Probleme mit sich bringen. Jemand, der in den obligatorischen Fragebögen angab, dass er im besetzten Gebiet gelebt hatte, besaß kaum eine Chance, von einer höheren Bildungseinrichtung zum Studium angenommen zu werden oder auf anderem Wege in eine berufliche Leitungsposition zu gelangen.

Die Erinnerung an NS-Zwangsarbeit

Die „Arbeit für den Feind“ stellte bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion ein Thema dar, über das nicht öffentlich gesprochen werden konnte. Selbst wenn dies noch keine unmittelbaren Diskriminierungen bedeutete, so hatten die Betroffenen doch ein Leben lang mit dem Stigma des „Vaterlandsverrats“ zu kämpfen und waren bestrebt, diesen Abschnitt ihres Lebens zu verheimlichen. Noch ein halbes Jahrhundert später erinnerte sich Valentina Ivanovna aus Donec’k, die die deutsche Besatzung als 14-Jährige miterlebte, an die Nachkriegsjahre: „Die Diskriminierung zeigte sich nicht so offen. Das war mehr unterschwellig. Aber der Mensch spürte, dass er kein vollwertiges Mitglied des Kollektivs war. An meinem Arbeitsplatz als Buchhalterin habe ich immer gespürt, dass die Haltung mir gegenüber nicht so war wie gegenüber den Evakuierten.“⁶³

Es waren vor allem die deutschen Entschädigungsdebatten und -programme seit den 1990er Jahren, die dazu führten, dass sich ehemalige Zwangsarbeiter in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erstmals offen zu ihrem Lebensweg bekennen konnten und sich eine breitere Öffentlichkeit für ihre Erfahrungen zu interessieren begann.⁶⁴ In vielen, allerdings nicht in allen Fällen ist heute eine Anerkennung der ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiter als NS-Opfer auch in ihren Heimatgesellschaften erfolgt, wobei die gesellschaftliche Anerkennung oft im direkten Zusammenhang mit dem Erhalt einer deutschen Entschädigungsleistung steht. Umgekehrt ist die

⁶² Vgl. Pavel Polian, *Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung*, München u.a. 2001, S. 180-187, sowie Ulrike Goeken-Haidl, *Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter während und nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen 2006, S. 528-543.

⁶³ Vgl. Interview mit Valentina I. (geb. 1927) aufgezeichnet im Dezember 2003 in Donec’k.

⁶⁴ Vgl. zu den von Memorial Moskau 1990 begonnenen Versuchen zur Aufklärung des Schicksals der „Ostarbeiter“ Bernd Bonwetsch, *Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, N. F., 41 (1993), H. 4, S. 532-546. Vgl. zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern aus der ehemaligen Sowjetunion die Beiträge von Julia Landau, Tanja Penter und Dmytro Tytarenko in: Constantin Goschler (Hg.), *Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts*, Bd. 4: *Helden, Opfer, Ostarbeiter. Das Auszahlungsprogramm in der ehemaligen Sowjetunion*, Göttingen 2012, sowie Tanja Penter, *Compensation for Nazi forced labour in post-Soviet Russia and Belarus*, in: Constantin Goschler (ed.), *Compensation in Practice*, New York/Oxford 2017, S. 211-238.

gesellschaftliche Anerkennung als NS-Opfer oft ausgeblieben, wenn – wie im Fall der sowjetischen Kriegsgefangenen – keine Entschädigungsleistung aus Deutschland gezahlt wurde. Die Entscheidung des Bundestages vom Mai 2015, den sowjetischen Kriegsgefangenen noch eine finanzielle Anerkennung ihres Leidenschicksals zukommen zu lassen, kommt im Grunde Jahrzehnte zu spät und wird nur noch sehr wenige noch lebende ehemalige Kriegsgefangene erreichen.⁶⁵

⁶⁵ Tanja Penter, Späte Entschädigung für die Opfer einer kalkulierten Vernichtungsstrategie. Offene Forschungsfragen zum Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen in den besetzten Gebieten, in: *Zeitgeschichte online* (November 2015).